



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
HEIDELBERG

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 13 (1985)

DOI: 10.11588/fr.1985.0.52558

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

– setzten sich weite Teile des Offizierkorps wie der Industrie gegen Kriegsende vorsichtig vom wilhelminischen System ab, gerade um nach dessen erwarteten Zusammenbruch handlungsfähig zu bleiben. Diese Gegenbewegung überlagerte sich streckenweise noch mit der engen Kooperation von Staat und Wirtschaft, die sich seit 1914 allmählich herausgebildet hatte. Ob es sich wirklich lohnt, in diesem Zusammenhang nochmals den inzwischen fast zur Leerformel gewordenen Begriff des »Organisierten Kapitalismus« heranzuziehen, ist eine andere Frage.

Wie weit ist Mais Arbeit geeignet, die borussozentrische Geschichtsschreibung zur Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg zu ergänzen bzw. zu korrigieren? Sicherlich kann der Vf. nachweisen, daß Württemberg nicht nur energisch um seine politischen und wirtschaftlichen Freiräume kämpfte, sondern in diesem Kampf auch Erfolge erzielte. Die Handhabung des Hilfsdienstgesetzes wie auch allgemein die Behandlung der Arbeiterfrage in Württemberg zeigen dies besonders deutlich. Allerdings wird auch auf jeder Seite der Maischen Arbeit erkennbar, daß diesem Freiraum enge Grenzen gesetzt waren, ja daß er sich mit zunehmender Totalisierung des Krieges noch weiter verengte. Gleichwohl ist Mais Arbeit ein wichtiger und gelungener Beitrag zu dem noch keineswegs abgeschlossenen Unterfangen, »das Bild des deutschen ›Militarismus‹ im Ersten Weltkrieg einer differenzierteren Betrachtung zugänglich zu machen«.

Lothar BURCHARDT, Konstanz

Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. Serie A: 1918–1925. Hg. für die Bundesrepublik Deutschland: Walter BUSSMANN, Vincent KROLL, Roland THIMME, Harald SCHINKEL, Peter GRUPP, Martin MANTZKE, Christoph STAMM; für Frankreich: Jacques BARIÉTY, Pierre JARDIN, Béatrice BEERBLOCK; für Großbritannien: Lord BULLOCK, Ronald WHEATLEY, John P. FOX. Band I: 9. November 1918 bis 5. Mai 1919, bearb. von Peter GRUPP, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1982, LII–516 S. Band II: 7. Mai bis 31. Dezember 1919, bearb. von Peter GRUPP, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1984, LVI–524 S. Band III: 1. Januar bis 30. September 1920, bearb. von Peter GRUPP und Christoph STAMM. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1985, LXII–690 S.

Die verschiedenen Serien der Akten zur deutschen auswärtigen Politik sind mit Beginn ihres Erscheinens im Jahre 1950 rasch zu einem festen Begriff und zu einem unentbehrlichen Arbeitsinstrument in der Zeitgeschichtsforschung geworden. Im Jahre 1946 waren die amerikanische und britische Regierung übereingekommen, einen Teil der erbeuteten deutschen Akten zu veröffentlichen. Ein Jahr später hatte sich Frankreich diesem Projekt angeschlossen. Die Konzeption sah ursprünglich mehrere Unterserien vor, von denen jedoch zunächst lediglich die Serie D für die Jahre 1937–1941 in Angriff genommen wurde. Nach der offiziellen Rückführung der Akten in die Bundesrepublik, Ende der fünfziger Jahre, kam die Serie C hinzu, bei deren Bearbeitung nun erstmals auch deutsche Historiker beteiligt waren.

Von den geplanten Serien konnten drei inzwischen abgeschlossen werden (Serie C: 1933–1937; Serie D: 1937–1941; Serie E: 1941–1945). Die letzten Bände der Serie B für die Jahre 1925–1933 sind soeben erschienen.

Mit den hier anzuzeigenden beiden Bänden der Serie A wird nun auch die letzte noch vorhandene Dokumentationslücke geschlossen. Nach dem Ausscheiden der Amerikaner aus dem Gesamtprojekt, nicht zuletzt aber auch unter Berücksichtigung der speziell für die Zeit unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges bereits in großer Anzahl an anderer Stelle publizierten Dokumente¹, schien es den Herausgebern indes notwendig, die bislang gültigen

¹ Vgl. hier z. B. die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, eingeleitet von Erich MATTHIAS, bearbeitet von Susanne MILLER unter Mitwirkung von Heinrich POTTHOFF, 2 Teile. Düsseldorf 1970 (Quellen zur

Editionsgrundsätze zu modifizieren. Im Vergleich zum früheren Verfahren sollen die Bände künftig deutlich gestrafft werden. Sofern bereits in einer verlässlichen Dokumentation veröffentlicht, wird fortan auf einen erneuten Abdruck des betreffenden Dokuments unter Hinweis auf den entsprechenden Fundort verzichtet. Angesichts dieses Prinzips, das nur in Ausnahmefällen durchbrochen werden soll, dürfte ein potentieller Benutzer gut beraten sein, im Zweifelsfall mehrere Editionen parallel auszuwerten. Je nach Forschungsinteresse, insbesondere nach Ausstattung der jeweiligen Bibliothek, ein Verfahren, das neben vielen Vorteilen unter Umständen auch Nachteile mit sich bringen kann.

Wie dem Vorwort der Herausgeber zu entnehmen ist, bereitete die Auswahl der Dokumente im Vergleich zu den anderen Serien einige Probleme. Mit der Neugliederung des Auswärtigen Amtes, der sogenannten Schülerschen Reform, begann im Jahre 1920 eine neue Ära. Bis zu diesem Zeitpunkt liegt keine einheitliche Überlieferung vor, so daß sich sowohl zwischen einzelnen Weltkriegsserien selbst, als auch zwischen diesen und den Akten zum Waffenstillstand bzw. der späteren Friedenskonferenz zahlreiche Überschneidungen ergeben. Die speziell für die unmittelbare Nachkriegszeit verwirrende und weitgestreute Überlieferung erwies sich allerdings in einem Punkt als Vorteil, da ein Teil der Akten, die sich heute im Zentralarchiv in Potsdam befinden und daher für die Edition nicht ausgewertet werden konnten, mitunter als Kopie in einer der obengenannten Serien ebenfalls enthalten war. Verzichtet wurde dagegen von den Bearbeitern auf die Akten der Abteilung II-Frieden (Wirtschaftliches). Dieser umfangreiche Bestand befindet sich heute im Bundesarchiv in Koblenz und wurde offenbar nur in Ausnahmefällen herangezogen. Diese Entscheidung ist im Hinblick auf die Bedeutung des Reparationsproblems und der damit verknüpften Fragen sicher bedauerlich, angesichts der von den Herausgebern angestrebten Breite aber durchaus verständlich.

Obwohl im Einzelfall gegen die Auswahl eines Dokumentes Einwände erhoben werden können – beispielsweise wäre zu fragen, weshalb die Edition mit einem vergleichsweise belanglosen Telegramm des AA an die Gesandtschaft in Moskau einsetzt – muß den Editoren dennoch bescheinigt werden, daß es ihnen insgesamt gelungen ist, einen guten Gesamtüberblick über die Ereignisse der ersten beiden Nachkriegsjahre aus der Sicht des Auswärtigen Amtes zu vermitteln. Der erste Band spiegelt im wesentlichen die Hoffnungen der Zeit zwischen der Unterzeichnung des Waffenstillstandes und der Übergabe der Friedensbedingungen, die Monate zwischen dem November 1918 und dem 5. Mai 1919, wieder. Während die innenpolitische Situation von Unruhen und revolutionären Bestrebungen gekennzeichnet war, setzte man im Bereich der Außenpolitik unter Berufung auf die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson auf eine baldige Normalisierung der Beziehungen des Reiches zu seinen Nachbarstaaten. Während man auf der einen Seite sich darum bemüht zeigte, die Folgen des Krieges administrativ in den Griff zu bekommen, gleichsam im Sinne einer Bestandsaufnahme, werden andererseits gleichzeitig erste Versuche einer Wiederanknüpfung bzw. Neuaufnahme diplomatischer Kontakte erkennbar. Besonderes Interesse verdient in diesem Zusammenhang der Telegrammwechsel zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Vorsitzenden des Rats der Volksbeauftragten, Ebert, bzw. nach dessen Ernennung die Aufzeichnungen des Reichsaußenministers, Graf v. Brockdorff-Rantzau.

Der zweite Band steht im Zeichen der verzweifelten Bemühungen der deutschen Regierung um eine Milderung der Friedensbedingungen, deren Annahme jedoch nur verzögert, aber nicht verhindert werden konnte. Mit der Wahl des 31. Dezember 1919 als Ende des Berichtszeitraums dieses Bandes wurde in diesem Fall nicht noch einmal auf eine historische Zäsur zurückgegrif-

Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, 6/I und 6/II); Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, hg. von Karl Dietrich ERDMANN und Wolfgang MOMMSEN unter Mitwirkung von Walter VOGEL; Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearb. von Hagen SCHULZE, Boppard am Rhein 1971, bzw. Das Kabinett Bauer, 21. Juni bis 27. März 1920, bearb. von Anton GOLECKI, Boppard am Rhein 1980.

fen. Es muß dahingestellt bleiben, ob die Herausgeber auf diese Weise zugleich der allmählich einsetzenden Rückkehr zum Normalzustand Rechnung tragen wollten, oder aber formalen Gesichtspunkten Genüge leisten mußten. Angesichts der Probleme, mit denen die junge Republik in jenen Wochen und Monaten zu kämpfen hatte, neben den Verhandlungen in Versailles ist hier insbesondere an die verschiedenen Konfliktherde im Osten (Baltikum) bzw. Südosten des Reiches (Oberschlesien) zu denken, die durch zahlreiche Dokumente eindrucksvoll belegt werden, wäre eine derartige Interpretation sicher fehl am Platz.

Der dritte Band knüpft an diesen Punkten nahtlos an. Er beginnt mit einer Aufzeichnung des damaligen Legationsrates von Driksen vom 2. Januar 1920 zum Stand der baltischen Frage, auf die ein Bericht des Reichsfinanzministers über den Verlauf der 2. Sitzung der Kriegslastenkommission am 17. Dezember 1919 folgt. Im Zentrum stehen neben wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen insbesondere die Probleme im Zusammenhang mit der Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrages. Neben der Diskussion um die Höhe der Reparationen – als Stichwort wäre die Konferenz von Spa zu nennen – zählen hierunter unter anderem noch Eupen-Malmédy, Schleswig, Memel und Oberschlesien sowie nicht zu vergessen die Probleme im Hinblick auf die Auslieferung deutscher Kriegsverbrecher und die Entwaffnungsfrage. Währenddessen machen die Bemühungen um eine Normalisierung des Klimas, der Versuch der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den ehemaligen Kriegsgegnern, erste Fortschritte. Auslösendes Moment war das offizielle Inkrafttreten des Friedensvertrages am 10. Januar 1920. Doch auch auf dieser Ebene stellten sich schon bald neue Probleme ein, mit denen die junge deutsche Republik fertig zu werden hatte: Gegen den Willen der Reichsregierung überreichte beispielsweise Emile Dard am 16. Juli 1920 dem bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr sein Beglaubigungsschreiben als französischer Gesandter in München.

Zieht man ein Fazit, dann bleibt festzuhalten, daß es den Bearbeitern und Herausgebern dieser neuen Serie – trotz aller Kritik – augenscheinlich gelungen ist, in den ersten drei Bänden durch die Auswahl von z. T. in ihrer Bedeutung recht unterschiedlichen Dokumenten die Vielzahl der Probleme aufzuzeigen, mit denen der Weimarer Staat vom Beginn seines Bestehens an zu kämpfen hatte. Vielleicht liegt einer der Vorzüge der Edition gerade darin, daß viele Bereiche zwar berührt werden, wie z. B. die Frage eines eventuellen ›Anschlusses‹ Österreichs oder aber die Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Wirtschaftsexperten im Hinblick auf einen möglichen gemeinsamen Wiederaufbau der zerstörten Nordprovinzen in Frankreich, respektive in Belgien, daß jedoch im Grunde keines dieser Themen auch nur annähernd erschöpfend dokumentiert wird. Die Edition gibt auf diese Weise Anreize, einigen der hier angeschnittenen Problemkomplexe gezielt durch eigene Nachforschungen nachzugehen.

Stefan MARTENS, Paris

Peter KRÜGER, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 1985, XI–605 p.

Le grand mérite de M. Peter Krüger est d'avoir écrit le premier livre sérieux sur la politique extérieure de la République de Weimar, fondé sur les archives de la Wilhelmstrasse qu'il connaît très bien puisqu'il est co-éditeur des recueils de documents couvrant cette période. Il est donc un peu naturel qu'il se limite à analyser la politique gouvernementale, ce qui est déjà beaucoup pour un seul volume. En outre, ses jugements sont pondérés et l'on sent sa compréhension pour des points de vue différents des siens. Avec toute son objectivité, l'auteur ne dissimule pas sa prédilection pour la coopération européenne, voire mondiale; il considère le nationalisme en général et le nationalisme allemand en particulier comme la source des pires